Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk

Neukirch und Umgegend

Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Erscheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis einschließlich der Beilagen „Illustrierte Sonntagsblatt", Heimatkundliche Beilage, Zum Sonntag, Landwirtschaftliche Beilage: Frei Haus bezahlen wir RM. 1.40, beim Abholen in der Geschäftsstelle monatlich 40 Pf. Einzelnummer 10 Pf. (Sonntagsnummer 15 Pf.) In Fälle höherer Gewalt hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Nachzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Millimeterzeile 5 Pf., im textgespaltenen Teil 30 Millimeterzeile 25 Pf. Unsere Anzeigenpreisliste und Geschäftsbedingungen, die den Vorschriften des Werberats der deutschen Wirtschaft entsprechen, sind für alle Anzeigenaufträge maßgebend. Fernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445 — Postscheckkonto Dresden Nr. 1291. Girokonto Bischofswerda Nr. 304. — Druck und Verlag von Friedrich May in Bischofswerda.

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Bautzen und der Bürgermeister zu Bischofswerda und Neukirch (Lausitz) behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält ferner die Bekanntmachungen des Finanzamts zu Bischofswerda und anderer Behörden.

Nr. 177 — Dienstag, den 1. August 1939 — 94. Jahrgang

Polens Wiedergeburt eine deutsche Waffentat!

Am 6. August 1915 wurde die Hauptstadt Polens durch die siegreich nach dem Osten vorrückenden deutschen Divisionen von der zaristischen Herrschaft befreit. Nicht lange danach hatte auch der letzte russische Gendarm und Kosak den polnischen Lebensraum verlassen.

Wir erinnern uns dieses Tages, weil die polnische Presse aus Anlaß der fünfundzwanzigjährigen Wiederkehr des Tages des Kriegsausbruches eine Haltung zeigt, die uns geradezu herausfordert, einmal jener Zeit zu gedenken, die die Wiedergeburt des polnischen Staates und die Befreiung Polens vom russischen Joch sah. Es ist kein Zweifel, daß wir ausgerechnet auf Warschau zu sprechen kommen. Denn einmal ist Warschau die Hauptstadt des Landes, deren Eroberung ein Zurückfluten der zaristischen Truppen bis hinter Brest Litowsk auslöste, und zum anderen fällt diese Eroberung genau wie der Kriegsausbruch in die ersten Augusttage. Mag vielleicht angesichts der gegenwärtigen polnischen Mentalität für unseren östlichen Nachbarn keine Veranlassung bestehen, sich des Ereignisses zu erinnern, das sich für Polen als Folge des Kriegsausbruchs und der siegreichen Ostfeldzüge des Deutschen Reiches einstellte, so wollen wir es nicht unterlassen, auf diesen Tatbestand hinzuweisen, nicht um von den Polen Dank zu heischen, — ein völlig hoffnungsloses Beginnen — sondern weil sie in vielen ihrer Zeitungen eine Lesart über Kriegsausbruch und Lehren für die Gegenwart verzapfen, die ihre Zurückweisung verdient.

Da finden wir im „Expreß Poranny" im Anschluß an eine Verherrlichung des Versailler Diktats die Forderung, daß man, falls es zu einem neuen Krieg käme, Deutschlands militärische Kraft endgültig brechen müsse. Ganz abgesehen davon, daß wir Polen nicht bedrohen, vielmehr die Polen diese Bedrohung aus ihrem Ersessen dem Reich und allen Volksdeutschen gegenüber herleiten, war es die militärische Kraft Deutschlands, ohne die das heutige selbständige Polen einfach undenkbar ist. Es klingt ganz gewiß in polnischen Ohren nicht schön, zu hören, daß deutsche Krieger die russischen Armeen vernichteten, daß deutsche Geschütze die russischen Zwingburgen zerbrachen und das siegreiche Deutschland Pate des wiedererstandenen Polens war. Das sind geschichtliche Begebenheiten, die man auch durch Verschweigen nicht aus der Welt schaffen kann, an die sich aber jeder rechtlich Denkende erinnern muß, wenn er sieht, wie nun der Nutznießer der deutschen Waffenerfolge und des vergossenen deutschen Soldatenblutes einen politischen Kurs, belastet mit überschaubinistischen Forderungen, steuert, der eines Tages geradeweg in einen neuen Krieg münden muß. Daß die Polen zu ihrer Befreiung selbst nichts beigetragen haben, läßt sich ebensowenig leugnen. Es ist ihre und nicht unsere Schuld. Lediglich Pilsudski und ein paar tausend Freiwillige stellten sich an die Seite der Mittelmächte, das polnische Volk selbst blieb träge zuhause, um, kaum befreit, schleunigst Sympathien für diejenigen Staaten zu entdecken, die gar nicht daran gedacht hatten, im Rahmen der damaligen Einkreisung Deutschlands an das Schicksal der Polen zu denken. Für sie waren die Polen höchstens ein Teil des gesamtrussischen Volkskörpers, dazu da, Soldaten für den Zaren gegen Deutschland zu stellen. Ein edler Charakterzug offenbarte sich bei dieser Gelegenheit also nicht, wie ja auch die Polen den Zusammenbruch der Mittelmächte benutzten, um sich schleunigst nichtpolnische Gebiete anzueignen, ein Vorgang, an dem heute Europa und das Zusammenleben der Nationen noch krankt.

Eine andere polnische Zeitung, der Krakauer Kurier, wärmt die Kriegsschuldlüge auf und nennt Deutschland den Weltfeind Nr. 1, der 1914 die Welt in den Krieg getrieben habe. Dann folgt ein „Wehe, wehe, wehe ..." falls sich derartiges wiederholen sollte. Abgesehen von dem Unsinn, daß Deutschland den Weltkrieg entfesselt habe, sollten die Polen eigentlich Dankhymnen anstimmen, daß es zum Kriege kam, wobei es ihnen auch heute völlig gleichgültig sein kann, welche Ursachen vorlagen. Aber nein, man fühlt sich verpflichtet, für ein Niederschlagen und Ausbrennen Deutschlands einzutreten, um dafür einen wohlwollenden Blick der Einkreisungsdemokratien einzuhandeln. Welch' schlechten Dienst man sich selbst damit leistet und daß man eigentlich damit bescheinigt, wie unwert man war, ausgerechnet durch deutsche Waffen die nationale Freiheit zurückerhalten zu haben, begreifen die Herrschaften im Osten nicht.

Sie fordern ein neues Versailles, sie fordern eine Vernichtung des deutschen Volkes, eben weil es ihnen peinlich ist, ihre Freiheit aus deutscher Hand entgegengenommen zu haben. Fordern können sie viel, erfüllen werden sich indessen diese Wünsche nicht. Denn wenn irgendwo deutsches Schicksal zur Debatte stehen sollte, dann spricht Deutschland selbst ein entscheidendes Wort mit, das, sollte auch Polen mit von der Partie sein, dieser durch Deutschland befreiten und erst wieder existenzfähig gemachten Nation nicht gefallen dürfte. Eins können wir den Polen aber heute sagen: Hätten wir 1914 geahnt, was sich einst Polen uns gegenüber herausnehmen würde, wir hätten uns mit unseren Waffenerfolgen begnügt und den Polen selbst überlassen, mit den Russen fertig zu werden. Polen ist uns jedenfalls eine Lehre für die Zukunft, die uns nicht daran hindern wird, mit stolzem und starkem Selbstbewußtsein daran zurückzudenken, daß unser östlicher Nachbar ein Nichts geblieben wäre, hätte nicht Deutschland wieder aus ihm einen selbständigen Staat gemacht.

Antibritische Kundgebung in Tokio

Tokio, 1. August. (Ostasiendienst des DNB.) Die antibritischen Demonstrationen, die gestern in Tokio seit den frühen Morgenstunden stattfanden, wurden mit einer „Ostasiatischen Massenveranstaltung" in der Hibiyahalle in Tokio beendet. Hier sprachen Vertreter der provisorischen Regierung in China, Abgesandte von den Philippinen, aus Indochina, aus Indien, aus der Türkei, aus der Mongolei, aus Annam und aus Siam zu den Demonstranten. Von japanischer Seite nahm u. a. auch der frühere Botschafter in Berlin, Honda, das Wort. Alle Redner verlangten die unerschütterliche Entschlossenheit Japans bei der Ausschaltung des britischen Einflusses in Ostasien.

*

Der diplomatische Korrespondent der „Times" berichtet über eine Fühlungnahme Englands mit Frankreich und USA. wegen der Tokioverhandlungen.

Blutige Julbilanz in Palästina: 48 Tote, 97 Verwundete

27 Schreckensurteile gegen Araber — Schonendste Behandlung der Juden

Jerusalem, 1. August. (E. F.) Wie ohnmächtig die Engländer der Entwicklung in Palästina gegenüberstehen, beweist wieder einmal die Bilanz des Monats Juli, in dessen Verlauf 48 Personen getötet und 97 verwundet wurden. Unter den Toten befinden sich 31 Araber, 7 Juden, 1 Engländer und 9 aktive Freiheitskämpfer. Verwundet wurden 70 Araber, 13 Juden, 7 Engländer, 1 Armenier und 6 aktive Freiheitskämpfer.

Ein beredtes Zeugnis für den englischen Blutterror liefert dabei die Tatsache, daß im Juli 15 Araber zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt wurden. 9 Araber wurden hingerichtet, weil sie für die Freiheit ihres Landes gekämpft hatten. Bezeichnend für die englische Gerechtigkeit, daß keinem Juden, die sich mit allen Mitteln, sogar mit Meuchelmord und unter Umgehung der Einwanderungsgesetze im Lande einzunisten versuchen, von den englischen Gerichten ein Haar gekrümmt wurde.

Daß bei einer solchen sichtlich bevorzugten Behandlung die Juden immer aufdringlicher werden, nimmt nicht wunder. Gelegentlich sehen sich daher die englischen Behörden veranlaßt, wenngleich unter möglichster Schonung, auch gegen ihre Schützlinge einzuschreiten. So wurden zwei jüdische Studenten in Jerusalem wegen Besitzes von Explosivstoffen zu der geringfügigen Strafe von 4 Jahren Gefängnis verurteilt.

Völlige Kapitulation Englands und Frankreichs vor Moskau

Die italienische Presse zur Entsendung der Militärmissionen

Rom, 1. August. (Eig. Funkmeldg.) Das verlegene Plädoyer Chamberlains im Unterhaus wird von der römischen Presse als das übliche Alarmschlagen charakterisiert. Chamberlain habe nichts Neues gesagt. Der sonderbare Entschluß, Militärsachverständige nach Moskau zu entsenden, bevor man überhaupt wisse, ob der sowjetrussisch-demokratische Pakt abgeschlossen werden könne, beweise lediglich, daß man in London und in Paris vor allem aus innerpolitischen Gründen bereit sei, vor den Sowjets auf der ganzen Linie zu kapitulieren. Im übrigen habe, wie „Popolo di Roma" sagt, Chamberlain die Unzufriedenheit und die Sorge der Demokratien um die wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen der Einkreisungspolitik durchblicken lassen, aber keinerlei praktische Auswege aus der verfahrenen Lage anzuführen vermocht.

England mit Amerika gegen Japan

Unterhausstreit Chamberlains mit Oppositionsabgeordneten

London, 31. Juli. Die für heute angesetzte außenpolitische Unterhausaussprache wurde von dem Anführer der Oppositionsliberalen, Sir Archibald Sinclair, eröffnet, der erklärte, man habe den Eindruck, daß der Premierminister zur Zeit immer noch mehr zur Befriedung hinneige und weniger entschlossen sei als der Außenminister. Das Haus müsse unbedingt Versicherungen über die Verhandlungen mit Sowjetrußland haben und dürfe sich nicht eher vertagen.

Sinclair fragte den Premierminister, ob England gegen einen deutschen Angriff in Danzig Widerstand leisten werde und zu welchem Zeitpunkt. Was Japan angehe, so sei die neutrale Haltung im chinesisch-japanischen Krieg für England gesetzlich und moralisch unmöglich. Für die Labourpartei erklärte der Abgeordnete Dalton, daß diese ganz entschieden gegen eine lange Vertagung des Parlaments sei. Auch Dalton hielt eine unmittelbare Aussprache zwischen Lord Halifax und Molotow für notwendig.

Dann ergriff Ministerpräsident Chamberlain das Wort. In einer Lage, wie der augenblicklichen, erklärte er, müsse man seine Worte sorgfältig abwägen (Beifall). Darum bestand ein großer Teil der sich anschließenden Ausführungen des Ministerpräsidenten in einer gekränkten Auslassung gegen die ferienunlustigen Abgeordneten. Er drückte dabei die Hoffnung aus, daß die Unterhausmitglieder, die hofften, in Zukunft verantwortliche Posten zu bekleiden, mit etwas mehr Verstand darüber nachdächten, was angebracht und dienlich sei. Chamberlain wandte sich dann gegen den Vorwurf der Opposition, daß die britische Regierung an der Verzögerung eines Abkommens mit Sowjetrußland schuld sei. Es sei kein Geheimnis, daß die Sowjets und die französische und britische Regierung bisher nicht in der Lage gewesen seien, sich auf einen für alle Parteien zufriedenstellenden Begriff des „indirekten Angriffs" zu einigen. Ferner sei die britische Regierung darauf bedacht, nicht den Anschein zu erwecken, als ob sie die Unabhängigkeit anderer Staaten zu beschneiden wünsche. Um dieses Problem handele es sich gerade bei der von der sowjetrussischen Regierung befürworteten Formel des indirekten Angriffes. Molotow habe erklärt, daß, wenn die militärischen Besprechungen, denen er Bedeutung beimesse, eröffnet seien, die politischen Schwierigkeiten nicht unüberwindlich sein dürften. Zu der Frage eines vorläufigen Abkommens zu einem baldigen Zeitpunkt sagte Chamberlain, die Sowjetregierung sei anderer Meinung gewesen und habe es vorgezogen, nicht zu unterzeichnen oder zu paraphieren, solange man nicht zu einer vollen Uebereinstimmung gelangt sei. Infolgedessen sei die britische Regierung nicht in der Lage gewesen, der Welt, wie er es sehr gern getan hätte, zu einem früheren Zeitpunkt ein vorläufiges Abkommen zu präsentieren. Zu der vorher von ihm bekannt gegebenen Entsendung einer britischen Militärmission nach Sowjetrußland sagte Chamberlain, es sei fast beispiellos in der Geschichte, daß Großbritannien und Frankreich sich damit einverstanden erklärten, vor dem Abschluß eines politischen Abkommens Militärmissionen zu entsenden. Großbritannien beweise sicherlich größtes Vertrauen zu den Sowjets. Die Ansicht Molotows, daß nach der Eröffnung militärischer Besprechungen sich politische Schwierigkeiten nicht als unüberwindlich erweisen würden, habe die britische Regierung stark dazu bestimmt, diesen wirklich ungewöhnlichen Beschluß zu fassen.

Bezüglich Danzigs sehe die Regierung keinen Grund zu übermäßiger Besorgnis.

Polen wurde gelobt als klug und staatsmännisch. Schließlich wandte sich Chamberlain der Lage im Fernen Osten zu und erklärte, die britische Regierung werde ihre Politik nicht auf die Forderung irgendeiner Macht hin ändern, und sie sei von der japanischen Regierung auch nicht darum ersucht worden. Wenn die antibritische Agitation in Nordchina weiter anhalte und die Angriffe auf britische Interessen und Rechte in Nordchina ungehindert weitergingen, würde die britische Regierung gezwungen sein, die Lage als sehr ernst anzusehen. Hinsichtlich der Kündigung des amerikanisch-japanischen Handelsvertrages wies Chamberlain auf die Gemeinsamkeit der „allgemeinen Ziele und Absichten der Vereinigten Staaten und Großbritanniens" hin. (!) Es sei dabei nicht nötig, daß jeder von ihnen notwendigerweise genau dasselbe tun müsse wie der andere. Vielleicht seien verschiedene Methoden in verschiedenen Fällen angebracht. Das Haus könne aber versichert sein, daß die britische Regierung größten Wert auf Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten lege. Die britische Regierung habe keinerlei britische Interessen in China betrogen und verfolge nicht die Aufgabe von Rechten Dritter. Wenn Sinclair meine, ob die Formel bedeute, daß Großbritannien Japan helfen wolle, das zu behalten, was es habe, und es nicht daran zu hindern, mehr zu erobern, so sei das eine falsche Erklärung. (!!) Fragen bezüglich der Uebergabe von Silberbeständen und der Unterstützung der chinesischen Währung gingen nicht nur England an und könnten daher ohne vollste Verständigung mit anderen Ländern, deren Interessen ebenso berührt seien, nicht erörtert werden.

Dann befaßte sich Chamberlain noch kurz mit den englisch-polnischen Verhandlungen. Die Schwierigkeiten — so erklärte er — hätten sich nicht im Zusammenhang mit der Frage des Waffenkaufes in anderen Ländern ergeben, vielmehr dadurch, daß die polnische Regierung eine Anleihe in Gold gefordert habe.

Abschließend erklärte Chamberlain sein Bedauern über die „Gifthetzpropaganda in der Presse und andere Mittel". Der Ministerpräsident ließ hierbei nicht klar erkennen, ob er die beispiellos leichtfertige englische Presse und Mister King-Hall meinte ...

Wenig lichtvolle Darlegungen Chamberlains

Der Deutsche Dienst zur Doppelgleisigkeit britischer Politik — Die skandalöse Ermunterung des polnischen Terrors bleibt unvergessen

Berlin, 1. August. In beißender Weise behandelt der Deutsche Dienst die gestrigen außenpolitischen Betrachtungen im Unterhaus zu London. Wir geben sie dem deutschen Volk aus der Seele gesprochenen Ausführungen des Deutschen Dienstes nachfolgend ungekürzt wieder. Mit einem immerhin beachtlichen Aufwand an Reklame hat die Londoner Presse vergeblich versucht, Deutschland angesichts der bevorstehenden grundsätzlichen Ausführungen des englischen Premierministers zur außenpolitischen Lage in Spannung zu versetzen. Chamberlain hat die Londoner Presse Lügen gestraft, oder unsere Erwartungen nicht enttäuscht. Bei der Lektüre dieses umfangreichen Resumees gibt es nur wenig lichtvolle Darlegungen, die einer Antwort bedürfen. Wertvoll ist für uns vor allem die Feststellung des Leiters der britischen Außenpolitik zur Lage im Fernen Osten, über die Aehnlichkeit der Ziele und Absichten der Vereinigten Staaten und Großbritannien gegenüber Japan und der gleichzeitige Hinweis darauf, daß in verschiedenen Fällen verschiedene Methoden angebracht seien. Wir dürfen sie als eine Bestätigung unserer Auffassung buchen, wenn England und die USA. in ihrer Haltung gegenüber Tokio sich die Bälle zuwerfen und mit verteilten Rollen spielen. Es gibt zahlreiche Beispiele in der Geschichte vor allem der letzten Jahrzehnte für die für den Frieden der Welt gefährlichen Konsequenzen, zu denen die Doppelgleisigkeit der Diplomatie des Londoner Außenamtes führt und es ist für uns nicht ohne Interesse, daß gerade am heutigen Tage die „Isve-